

Artensterben als vergessene Krise

Im Vergleich zum Klima fehlt es der Artenvielfalt an öffentlicher Diskussion. Ändert sich nichts, kann das auch für Tirol gefährlich werden. Bei der Naturschutzkonferenz in Kanada geht es um weltweite Lösungen.

Von Nico Knappe

Innsbruck – In der kanadischen Stadt Montreal verhandeln seit einer Woche Regierungsvertreter aus fast 200 Staaten, darunter Umweltministerin Leonore Gewessler (Grüne), wie die Natur geschützt und das Artensterben bekämpft werden kann. Ein Scheitern der Verhandlungen verspricht düstere Prognosen, auch für Österreich.

Einer, der sich mit dem heimischen Artenschutz auskennt, ist der Ökologe Johannes Rüdissler von der Universität Innsbruck. „Die Situation ist dramatisch“, erklärt er. Zwar sei die öffentliche Wahrnehmung größer als früher, aber die Bedeutung und Dramatik des Themas werde großteils nicht erkannt. Rüdissler kritisiert das und erklärt, dass die Biodiversitätskrise „gleichwertig wie die Klimakrise in Bezug auf unseren Wohlstand und unsere Zukunft ist“.

Das zeige sich am Beispiel großer Wasserkraftprojekte in Tirol. „Bei aller Notwendigkeit, auf alternative Energieträger zu setzen, dürfen wir auf der anderen Seite deswegen nicht Biodiversitätsaspekte vergessen“, sagt Rüdissler. Das Thema, das ihm für Tirol jedoch am meisten Sorge bereitet, ist die Bodenversiegelung. „Wir verbrauchen österreichweit elf Hektar pro Tag. Das ist europäisches Spitzenfeld.“ Ähnlich sieht

das Alice Vadrot, Professorin an der Universität Wien und Mitglied des österreichischen Biodiversitätsrats: „Wenn die Bodenversiegelung so voranschreitet wie derzeit, dann werden Lebensräume zerschnitten und echter Artenschutz unmöglich.“

Um den weltweiten Rückgang der Artenvielfalt zu



„Biodiversitäts- und Klimakrise sind gleichwertig in Bezug auf unseren Wohlstand und unsere Zukunft.“

Johannes Rüdissler
(Ökologe Universität Innsbruck)

stoppen, soll in Montreal ein globales Biodiversitätsrahmenabkommen beschlossen werden. Ein wichtiger Verhandlungspunkt ist das so genannte 30-x-30-Ziel: Bis zum Jahr 2030 sollen 30 Prozent der Erdoberfläche unter Naturschutz stehen. Tirol könnte hier ein Vorbild sein. Denn das Schutzgebiet-Management sei sehr gut und die Förderungen zum Naturschutz funktionieren, erklärt Rüdissler. Allerdings müsse übergreifender gedacht werden. „Nicht nur Förderungen zu Natur- und Umweltschutz, sondern al-

le Förderungen und Gesetze sollten vorab darauf geprüft werden, ob sie biodiversitätsfreundlich sind.“ Besonders bei Bau- und Landwirtschaftsförderungen hält Rüdissler eine solche Prüfung für essenziell.

Noch einen Schritt weiter geht Alice Vadrot. „Wir brauchen eine echte Transformation unseres politischen Systems“, fordert sie. Auf Bundesebene solle es einen Umweltrat geben, der Zweigstellen in den Ländern hat und auf Gemeindeebene mit einer starken Demokratie verbunden ist, bei der Bürger lokal beteiligt werden. „Vielleicht denke ich utopisch, aber ich glaube, anders wird es nicht funktionieren“, meint Vadrot. Außerdem braucht es ihrer Ansicht nach eine Kostenwahrheit in Bezug auf die Zerstörung bestimmter Lebensräume. „Wir wissen oft nicht, welche langfristigen Folgen auf uns zukommen.“ Deswegen plädiert sie für eine Bepreisung bei Handlungen, die zu Artenverlust führen, ähnlich wie die CO₂-Bepreisung bei klimaschädlichem Handeln.

Die Verhandlungen in Montreal laufen bis Anfang nächster Woche. Dann soll ein Abkommen stehen, mit ausschlaggebender Bedeutung wie das Pariser Klimaabkommen 2015. Und damit dem Thema Artensterben jener Stellenwert gegeben werden, den es nach Ansicht der Wissenschaftler verdient.



Zehn der 27 Waldrappe wurden von menschlichen Ziehmüttern großgezogen.

Foto: Hrdina

27 Waldrappe verendeten bei Sturm in Italien

Mutters, Grosseto – Es ist der schwärzeste Tag in der 20-jährigen Geschichte des EU-weiten Waldrappprojekts mit Hauptsitz in Mutters. 27 Vögel verendeten in ihrem Winterquartier in der Toskana, als am 21. und 22. November Zylkon Denise über Italien zog. „Es herrschten Windgeschwindigkeiten zum Teil über 100 km/h und schwere Regenfälle“, berichtet Projektleiter Johannes Fritz. Alle ausgewilderten Vögel tragen Sender, in den Tagen nach dem Sturm mel-

deten zahlreiche keinerlei Bewegung. Eine Nachschau bestätigte Befürchtungen.

Drei der toten Vögel wurden nun forensisch untersucht, sie starben durch massive Traumata. „Die Vögel müssen aus irgendeinem Grund während des Sturms aufgefliegen sein und dürften dann mit Bäumen oder Hausmauern kollidiert sein. Die Positionen sind im Schutzgebiet weit verteilt und reichen über fünf Kilometer landeinwärts in Windrichtung“,

führt Fritz aus. „Das ist bitter, man kennt die Individuen.“ Zehn der 27 Vögel wurden mit viel Aufwand von Hand aufgezogen und ausgewildert.

Ein schwerer Rückschlag, die Population von nunmehr 195 Vögeln sei durch den Verlust zwar nicht gefährdet, doch Fritz ist besorgt. Durch die Klimakrise nehmen solch extreme Wetterereignisse zu. „Einmal alle paar Jahre verkraftet das die Population. Aber bei mehr wird es dann eng.“ (jazz)

Nachbar schlug bei Dachstuhlbrand Alarm

Elbigenalp – In der Nacht auf gestern reagierte ein Nachbar eines Wohnhauses in Elbigenalp geistesgegenwärtig. Als der Dachstuhl des nahegelegenen Gebäudes gegen 23 Uhr Feuer fing, setzte der Mann sofort einen Notruf ab. Die Bewohner konnten sich rechtzeitig in Sicherheit bringen, die Brandursache

ist noch ungeklärt. Für die Löschaktion kamen den lokalen Einsatzkräften vier Feuerwehren aus den umliegenden Gemeinden zur Hilfe. Die Arbeiten zogen sich bis Dienstag, neun Uhr in die Länge, nachdem in den frühen Morgenstunden ein neuerliches Glutnest entdeckt worden war. (TT)



Die Feuerwehren von Elbigenalp, Holzgau, Bach/Stockach, Grünau und Häselgehr waren an den Löscharbeiten beteiligt.

Foto: zoom.tirol

Busunternehmer für NS-Umtriebe verurteilt

Innsbruck – Zweimal schon hätte der Fall eines Busunternehmers aus dem Bezirk Imst vor dem Landesgericht verhandelt werden sollen. Beide Male erschien der wegen NS-Wiederbetätigung Angeklagte jedoch nicht, weswegen er Ende Oktober in Untersuchungshaft kam. Gestern konnte er somit dem Schwurgericht vorgeführt werden. Aufgrund der Persönlichkeit des Angeklagten und seines Umfelds ordnete das Landesgericht Saalschutz durch die Polizei an. Dem 46-jährigen wurde vorgeworfen, er habe über 20 Dateien mit NS-Bezug über WhatsApp versendet, darunter Bilder und Videos mit hetzerischen, rassistischen und antisemitischen Inhalten.

Das dafür benutzte Handy des Angeklagten wurde im Juni im Zuge einer Razzia in seiner Firma sichergestellt. Vor Gericht zeigte sich der bislang unbescholtene Oberländer von Beginn an großteils geständig und entschuldigte sich für das Versenden der Nachrichten. Vor allem die Corona-Pandemie habe ihn aus der Spur gebracht, wie sein Verteidiger Markus

Abwerzger erklärte. Dazu erklärte der Angeklagte: „Persönlich und wirtschaftlich hat es uns total aus der Bahn gehauen.“ Der Verteidiger führte weiter aus: „Die Untersuchungshaft hat ihn gebrochen und hatte unglaublichen Einfluss auf ihn.“ Der Angeklagte wisse nun, dass er einen „riesengroßen Fehler“

„Die Corona-Pandemie hat uns persönlich und wirtschaftlich total aus der Bahn gehauen.“

Busunternehmer in Insolvenz

gemacht habe, so Abwerzger. Der Staatsanwalt fand NS-Wiederbetätigung klar erfüllt und verwies darauf, dass Corona nicht an allem schuld sein könne, da der Busunternehmer bereits 2016, also lange vor der Pandemie, NS-Bilder verschickt hatte.

Das Gericht sprach den Angeklagten in fast allen Punkten schuldig und verurteilte ihn nicht rechtskräftig zu einer bedingten Haftstrafe von 18 Monaten und einer Geldstrafe von 1440 Euro. (TT)

Gerichtssplitter

Freispruch für Feriencampleiter

Bundesweit war ab Sommer der Fall eines 74-jährigen Feriencampleiters erörtert worden. Am Achensee und an anderen heimischen Seen hatte der Wiener über Jahrzehnte Camps für Kinder organisiert und war zuletzt mit dem Verdacht schweren sexuellen Missbrauchs konfrontiert. Nach Befragung von 3000 Camp-Teilnehmern durch das LKA hatte ein 2009 Neunjähriger mehrfache Übergriffe im Lager am Achensee angezeigt. Der Campleiter wies dies am gestrigen zweiten Prozesstag am Landesgericht erneut vehement zurück. Auch eine als Zeugin befragte Pädagogin hatte damals am Camp we-

der behauptete Schreie noch Übergriffe nur ansatzweise bemerkt. Über eineinhalb Stunden hörten die Schöffen gestern noch die Aussage des Anzeigers. Sie schienen in Richtung des Angeklagten nicht in allen Aspekten realitätsnah. Daher fällte der Senat nicht rechtskräftig ei-

nen Freispruch im Zweifel. Anhand früher aufgeflogener Fälle habe sich Missbrauch laut Richter Norbert Hofer „aber wie ein roter Faden durch diese Camps gezogen“. Hier seien „viele Kinder betreut, aber wohl auch missbraucht worden“. Richter Hofer: „Opfer sprechen zwar von Missbrauch, aber nie explizit durch Sie.“ Beim allenfalls ebenso missbrauchten Anzeiger könnte es zu einer Verzerrung der Wahrnehmung gekommen sein, welche auch „durch die Kinderhilfsorganisation des Chefs des Anzeigers herbeigeführt worden sein könnte“. Diese hatte den Anzeiger damals direkt mit dem Foto des 74-Jährigen konfron-

tiert und so laut Gericht die Glaubhaftigkeit des Zeugen erschüttert. Der Chef der Kinderhilfsorganisation hält den 74-Jährigen laut Gericht „für einen gefährlichen Pädophilen, da dieser einst Camp-Flyer vor dem Prater verteilt hatte.“

Um die Aussetzung niedlicher sowie hilfloser Kätzchen und somit um Tierquälerei ging es gestern am Landesgericht. Nach einem größeren Wurf fiel dem Umfeld eines Familienvaters im Unterland auf, dass diese plötzlich verschwunden waren. Die Lösung war einfach und führte zum Freispruch. Die sieben Kätzchen waren einst mit dem Muttertier aus dem Garten entlaufen. (fell)

Der 74-jährige Feriencampleiter beteuerte seine Unschuld.

Foto: Falk